

Beschluss BuVo08.007 IKB 25.08.2008

Beschluss des MIT-Bundesvorstandes am 25. August 2008 in Berlin

MIT fordert rückhaltlose Aufklärung des IKB-Skandals

Der Bundesvorstand der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU verlangt eine rückhaltlose Aufklärung der Vorgänge, die zu den Riesenverlusten von über 10 Milliarden Euro mit dem anschließenden Verkauf der Mittelstandsbank IKB geführt haben. Dies schließt die im Zusammenhang getätigten Verträge ebenfalls mit ein.

Eine rückhaltlose Aufklärung ist schon deshalb erforderlich, weil die entstandenen Verluste vom deutschen Steuerzahler getragen werden müssen. Zudem ist vor allem der deutsche Mittelstand der Leittragende: denn die Fähigkeit der KfW, Mittelstandsförderung zu betreiben, wurde entscheidend eingeschränkt.

Die bei der IKB aufgelaufenen und noch zu erwartenden Verluste liegen in einer Größenordnung, die dem Erbschaftssteueraufkommen von fast 3 Jahren bzw. 50 % der Mehrwertsteuererhöhung aus 2007 entspricht. Auch die erforderliche Senkung der Einkommensteuertarife im mittleren Bereich hätte daraus finanziert werden können.

Es ist untragbar, dass der Steuerzahler und der Mittelstand die Leidtragenden dieser Vorgänge sind.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig